

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MÄ 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 27. April 1989

Blatt 877

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Stacher: Flächendeckende Organisation der Hauskrankenpflege in Wien (879/880/FS: 26.4.)
- Floridsdorf: Ausstellung über „alte Ortskerne“ (881)
- Studie über Nordbahnhof (882)
- Planungsverfahren EXPO '95 (883)
- Raumverträglichkeitsprüfung für Einkaufszentren (884)
- Aktivitäten des Vereins „Wiener Jugenderholung“ 1989 (885)
- Öffentlicher Verkehr behindert (886)
- Zusätzlich 150 Jungärzte für Pflegedienst (887)
- Patienten-Ausstellung im Floridsdorfer Krankenhaus (888)
- Disziplinarverfahren gegen Primarius Pesendorfer (889)
- Vier neue Obersenatsräte (890)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (890)
- Ausgestaltung des Meiselmärktes als lokales Zentrum (891-893)
- PVC-Enquete der Stadt Wien im Alten Rathaus (894)
- Konstituierende Sitzung der Expertenkommission für Lainz (nur FS)

## Kultur:

- „Wunderblock. Eine Geschichte der modernen Seele“ (878/FS: 26.4.)

## **„Wunderblock. eine Geschichte der modernen Seele“**

**Festwochenausstellung im Messepalast**

Wien, 26.4. (RK-KULTUR) Im Wiener Messepalast in der Reithalle der ehemaligen Hofstallungen ist vom 27. April bis 6. August die Ausstellung „Wunderblock. Eine Geschichte der modernen Seele“ zu sehen, die von den Wiener Festwochen in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum der Stadt Wien gezeigt wird.

50 Jahre nach dem Tod von Sigmund Freud illustriert die Schau anhand von 500 Exponaten aus bedeutenden Museen und wissenschaftlichen Sammlungen den Weg, den Wissenschaft und Kunst im 19. Jahrhundert zu Freud und seiner Lehre genommen haben.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK bezeichnete die Ausstellung in der Presseführung als Versuch, den Dialog zwischen Wissenschaft und Kunst in dieser Epoche anschaulich zu machen, eine Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts dazustellen. In ihrer auf Freud und seine Lehre focussierten Thematik sei die Ausstellung vielleicht auch ein Anstoß zur weiteren Auseinandersetzung mit Freud in Wien.

Die Ausstellung — Ausstellungskomitee: Jean Clair, Cathrin Pichler, Wolfgang Pircher, Gestaltung: Hermann Czech — geht von einem Kulturbegriff aus, der Kunst und Wissenschaft vereint. Zahlreiche wissenschaftliche Apparate, Bücher und Dokumente bereiten das Erkenntnisterrain der Wissenschaft von Mesmer bis Freud für das Auge auf. Meisterwerke wichtiger Künstler dieser Zeit bis zur frühen Moderne illustrieren die Entwicklung der Bildenden Kunst. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 19.30 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Bereits am 26. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Stacher: Flächendeckende Organisation der Hauskrankenpflege in Wien**

**200 Teilnehmer bei Enquete im Rathaus**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Auf Einladung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fand Mittwoch vormittag im Wiener Rathaus eine Enquete zum Thema „Hauskrankenpflege — was wird darunter verstanden?“ statt. An der Veranstaltung nahmen rund 200 Ärzte, Schwestern und Pfleger, Mitarbeiter von Krankenanstalten, Sozialarbeiter, Vertreter der Sozialversicherungsträger und der Gewerkschaft sowie mehrere Abgeordnete zum Wiener Landtag teil. Der Gesundheitsstadtrat betonte in seiner Einleitung, daß es darum gehe, ein flächendeckendes Konzept der Hauskrankenpflege für Wien zu entwerfen. Um eine entsprechende Organisation aufzubauen, müßten aber zuerst Aufgaben und Umfang der Hauskrankenpflege eindeutig definiert werden. Das sei auch eine notwendige Basis für Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern, um Geld für die Hauskrankenpflege zu bekommen.

Man dürfe nicht die Illusion haben, meinte Stacher, Hauskrankenpflege nur mit diplomiertem Pflegepersonal durchführen zu können, nicht nur deshalb, weil zu wenig diplomierte Schwestern und Pfleger zur Verfügung stehen. In der Hauskrankenpflege seien unterschiedliche Leistungen zu erbringen — von einfachen Tätigkeiten, wie zum Beispiel der Körperpflege der Patienten, bis zur hochqualifizierten Tätigkeit der mobilen Krankenschwestern. Die Frage sei, welche Personen mit welcher Ausbildung welche Aufgaben übernehmen sollen. Es müsse ein Miteinander, eine Teamarbeit, von diplomierten Schwestern und Pflegern, geprüften Stationsgehilfinnen, Ergo- und Physiotherapeuten und den sozialen Diensten geben.

Andererseits müßte festgelegt werden, wann die Hauskrankenpflege notwendig sei: nach einem Spitalsaufenthalt bis zur Genesung, bei chronisch Kranken für einen längeren Zeitraum oder bei akut Erkrankten, die nicht unedingt in ein Spital müssen, durch den Einsatz der mobilen Schwestern.

Wie bei der Psychiatriereform müsse auch der Hauskrankenpflege ein geordnetes System zugrunde gelegt werden. Jede Wienerin und jeder Wiener — egal ob arm oder reich — müsse die Möglichkeit haben, die Hauskrankenpflege in Anspruch zu nehmen. Hundertprozentig funktionieren könne das System allerdings erst, wenn nach Fertigstellung des neuen Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost die neuen Strukturen der Wiener Schwerpunktkrankenhäuser fixiert und die Verbindungen der niedergelassenen Ärzte zu „ihrem“ Schwerpunktkrankenhaus hergestellt sind. Das sei eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche flächendeckende Hauskrankenpflege.

Stadtrat Stacher ging auch auf die Kostenfrage ein und vertrat die Ansicht, daß die qualifizierte Hauskrankenpflege durch diplomierte Krankenschwestern und -pfleger eine Aufgabe der Sozialversicherungsträger sei. Grundsätzlich müsse man aber, wenn man mehr Leistungen haben wolle, mit höheren Kosten rechnen. Er, Stacher, sei der Meinung, es gehe den Österreichern, die jährlich Dutzende von Milliarden Schilling allein für alkoholische Getränke und Tabakwaren ausgeben, nicht so schlecht, daß nicht noch Geld für jene Mitmenschen abgezweigt werden könnte, die — besonders im Alter — unsere Hilfe benötigen.

In der Diskussion wies die Oberin der mobilen Schwestern, Gisela LUKESCH, darauf hin, daß die diplomierten mobilen Schwestern seit 1975 ein Bindeglied zwischen dem Spital, den niedergelassenen Ärzten und den Angehörigen der Patienten darstellen. Derzeit gibt es in Wien 87 teilzeitbeschäftigte mobile Schwestern, die die Behandlungspflege im Auftrag der niedergelassenen Ärzte durchführen. In einem Modellprojekt im 2. Bezirk

Bereits am 26. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

stunden die mobilen Schwestern jetzt auch am Nachmittag, also von 7 bis 19 Uhr, zur Verfügung. Eine Ausweitung dieses Modellversuchs wäre notwendig.

Obermagistratsrat Dr. Friedrich LEITNER vom Sozialamt unterstrich die Wichtigkeit der sozialen Dienste für die Hauskrankenpflege. In den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten seien diese Dienste enorm ausgebaut worden. Derzeit seien insgesamt 6.000 Mitarbeiter, davon 3.000 Heimhelferinnen im Einsatz. Er warnte jedoch davor, durch die Unterstützung einzelner Initiativen eventuell die Versorgung in anderen Bereichen einzuschränken.

Der ehemalige Gesundheitsminister Obermedizinalrat Dr. Kurt STEYRER bezeichnete die Lostrennung der sozialen Dienste vom Gesundheitsressort als Mißgriff. Als unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der Hauskrankenpflege müßten diese beiden Funktionen wieder zusammengelegt werden.

Die Ärzte Dr. Rolf JENS und Dr. Erich ROBETIN vom Sozialmedizinischen Zentrum Unter-Penzing (SMUP) berichteten, daß nun, eineinhalb Jahre nach Beginn dieses Projekts, 100 Menschen bereit sind, regelmäßig Nachbarschaftshilfe auszuüben. Bisher wurden 130 Patienten zu Hause betreut, derzeit sind es 60 Patienten. Dadurch hätten sich beträchtliche Einsparungen an Krankenhauskosten ergeben. Als Pflege bezeichnete Dr. Jens alles das, was der Patient nicht selbst machen könne, zu Hause in der angestammten Wohnung. Dr. Robetin wies darauf hin, daß mit diesem Projekt ein Bereich von rund 15.000 Einwohnern betreut werde. Auf Grund dieser Erfahrungen sollte man in Wien für die Hauskrankenpflege Bezirkszentren für 15.000 bis 20.000 Einwohner schaffen, die den Einsatz der verschiedenen Dienste und der privaten Hilfe koordinieren.

Weitere Diskussionsbeiträge waren unter anderem:

- Viele Patienten sind nur aus Gründen der sozialen Versorgung im Pflegeheim. So wie für die Erste Hilfe sollte es mehr Kurse für die Betreuung alter Menschen geben, damit die Angehörigen besser helfen können.
- Ein einzelner kann die Hauskrankenpflege nicht besorgen, es ist ein multiprofessionelles Team erforderlich.
- In der Hauskrankenpflege muß die Haftungsfrage rechtlich geklärt werden. Für das ganze Bundesgebiet muß man die Frage einer Kostenbeteiligung überlegen.
- Es gibt ein weites Feld von Hilfen in der Familie, durch Bekannte und Nachbarn. Sie brauchen aber eine Unterstützung durch interdisziplinäre Teams für die Hauskrankenpflege.
- Die Sozialversicherungsträger müssen einen Kostenbeitrag für einen Aufenthalt im Krankenhaus leisten, warum dann nicht auch für die Hauskrankenpflege?
- Man muß auch über eine Pflegeversicherung reden.

Zum Schluß lud Stadtrat Stacher die Vertreter der verschiedenen bei der Enquete vertretenen Organisationen ein, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Diskussionsergebnisse in die Praxis umzusetzen. (Schluß) sc/gg

### **Floridsdorf: Ausstellung über „alte Ortskerne“**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Ab 28. April wird im Festsaal der Bezirksvorstehung Floridsdorf, Am Spitz 1, eine Ausstellung über die „alten Ortskerne“ zu sehen sein. Die Eröffnung findet um 11 Uhr durch Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN statt. Bis einschließlich 12. Mai ist die Ausstellung Montag bis Freitag, von 9 bis 12 Uhr, und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Nähere Informationen: Telefon 38 15 04. (Schluß) red/bs

## **Studie über Nordbahnhof**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Es liegt nunmehr die gemeinsam von den ÖBB und der Stadt Wien in Auftrag gegebene Grobstudie über die Verwendbarkeit des Nordbahnhofareals vor.

Die Studie bzw. die Interpretation durch die ÖBB ist für die Stadt Wien insofern nicht zufriedenstellend, als lediglich ein 15 ha großer, sehr schmaler Streifen, der „zufälligerweise“ auch der teuerste ist, zur Nutzung durch die Stadt Wien angeboten wird. Eine solche Lösung ist aus stadtplanerischen Überlegungen heraus wenig interessant, sagte dazu Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Aus Sicht der Stadt Wien ist aber eine Variante vorstellbar, die einen reduzierten Frachtenbahnhof auf dem Areal beläßt; es wird aber untersucht, inwieweit den ÖBB andere Flächen im Stadtgebiet angeboten werden können. Unter anderem sind dezentralisierte Standorte etwa im Bereich Albern (was den Vorteil der Verknüpfung von Wasser/Schiene/Straße hätte) und am Rautenweg im Gespräch.

Seitens der Stadt Wien besteht Zuversicht auf eine vor allem im Hinblick auf die EXPO '95 rasche Lösung, die Rücksicht auf die Stadtentwicklungsmöglichkeiten nimmt.

Bundesminister Streicher hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er an einer gemeinsamen Lösung interessiert ist, teilte Swoboda mit. (Schluß)  
lf/rr

## **Planungsverfahren EXPO '95**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Die Republik Österreich und die Stadt Wien bereiten derzeit einen Projektwettbewerb für die EXPO '95 vor, an dem sich österreichische und ungarische Architekten beteiligen sollen, teile Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA mit.

Die dafür notwendigen Vorbereitungen sind angelaufen: Es werden Gutachten und Expertisen in Auftrag gegeben, die Ideensuche (österreichweit für alle Interessenten) ist angelaufen, die Ergebnisse der EXPO-Enquete werden weiter bearbeitet.

Alle Ergebnisse fließen in ein LEITPROGRAMM ein, das bis Jahresende 1989 erstellt und politisch beschlossen werden soll. Dieses Leitprogramm beinhaltet die Randbedingungen für die Planungs-, Bau- und Wettbewerbstätigkeit bis 1995.

Das Leitprogramm umfaßt sowohl die erforderlichen Maßnahmen im gesamten Wiener Bereich wie z.B. die Verlängerung der U 6 oder notwendige Straßenbauten als auch das unmittelbare EXPO-Gelände.

Fünf Teams unter der Leitung prominenter Architekten und Planer (wie z.B. Hollein, Peichl, Potyka und Wimmer) sollen zusammen mit Fachleuten aus den verschiedensten Gebieten sowie mit jüngeren Architekten (z.B. Coop Himmelblau, Czech, Hausrucker oder Podrecca) städtebauliche, architektonische, volkswirtschaftliche und Fragen der Nachnutzung behandeln.

In Form von Gutachten, Expertisen, Simulationen oder anderen Untersuchungen sollen MATERIELLE (Standort, Brückenköpfe, Donauquerungen, Einbeziehung der Donauinsel, Nordbahnhof usw.) sowie IMMATERIELLE (bauliche Manifestation des Themas, „Wahrzeichen“, Gestaltung, Nachnutzungsbandbreiten mit Konsequenzen) Aufgaben behandeln.

Die noch im Mai beginnenden Arbeiten sollen in ständiger Kontaktnahme mit den beamteten Planern im Oktober/November abgeschlossen werden, im Anschluß öffentlich präsentiert und diskutiert werden. (Schluß) lf/bs

## **Raumverträglichkeitsprüfung für Einkaufszentren**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) In den letzten Wochen haben, wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA bekanntgab, auf Beamtenebene der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien Verhandlungen stattgefunden, die sich mit der Problematik des in letzter Zeit aufkommenden Nachfragedrucks für die Errichtung von Einkaufszentren beschäftigt haben.

Durch Planungen und Projekte für neue Einkaufszentren im Ausmaß von rund 700.000 bis 800.000 Quadratmetern Verkaufsfläche (dies entspricht bis zu einer Million Quadratmeter Gesamtnutzfläche) in der Länderregion Ost hat dieses Thema besondere Aktualität erlangt.

Da es sich in der Länderregion Ost um einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum handelt, ist eine koordinierte Vorgangsweise zur Beurteilung der Standorte geplanter Einkaufszentren nach gleichen Kriterien notwendig. Dabei sollen ungünstige Einflüsse auf die Siedlungsstruktur und auf die Funktionsfähigkeit der bestehenden und geplanten Zentren des städtischen und des ländlichen Raumes, unerträgliche Verkehrssituationen und unzumutbare Umweltbelastungen vermieden werden.

Auf Beamtenebene wurde dazu eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a Bundesverfassungsgesetz vorbereitet, die vorsieht

- Standorte für Einkaufszentren über 2.500 Quadratmeter Gesamtnutzfläche einer Raumverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.
- Eine solche Raumverträglichkeitsprüfung ist auch für bestehende Einkaufszentren durchzuführen, die nach einer Erweiterung eine Gesamtnutzfläche von mehr als 2.500 Quadratmeter erreichen.

Bei der Raumverträglichkeitsprüfung sind jedenfalls die Auswirkungen auf Natur- und Landschaftshaushalt, Landschafts- und Ortsbild, vorhandene Nutzungen, Verkehrsbelastung und Umwelt, Zentren und Siedlungsstruktur usw. aufzuzeigen.

Dieser Entwurf bildet die Grundlage für die vorgesehenen politischen Gespräche und die Festlegung der weiteren Vorgangsweise in der Planungsgemeinschaft Ost, sagte Swoboda. (Schluß) lf/rr

## **Aktivitäten des Vereins „Wiener Jugenderholung“ 1989**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Das Programm der für den Sommer 1989 gemeinsam mit den Jugendämtern geplanten Erholungsturnusse wurde anlässlich einer Vorstandssitzung des Vereins „Wiener Jugenderholung“ vorgestellt. Für mehr als 5.000 Wiener Kinder werden während der Sommerferien Aufenthalte in Ferienheimen und Privatquartieren angeboten. Die Auswahl reicht von traditionellen Ferienaktionen mit viel Spiel und Sport über Badeurlaube an der Adria bis hin zu speziellen Angeboten wie Lern-, Rad-, Reit-, Segel- und Surfturnussen. Diätferien für übergewichtige Kinder befinden sich heuer genauso im Programm wie Erholungsaufenthalte für Behinderte.

Unter dem Motto „Nicht daheim und doch zu Hause“ können Kinder tagsüber in Tageserholungsstätten am Stadtrand Wiens untergebracht werden.

Neben den vielen Kindererholungsaufenthalten werden auch wieder 14tägige Familienurlaube für bedürftige Familien in eigens angemieteten Quartieren in der Oststeiermark sowie im südlichen Wald- und Mühlviertel durchgeführt. Mit Hilfe des Jugendamtes erhalten so rund 430 Wiener Familien die Möglichkeit eines gemeinsamen Urlaubsaufenthaltes.

Der Verein „Wiener Jugenderholung“ hat die Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals intensiviert. Neben der berufsbegleitenden Supervision der ständigen Erzieher werden in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Institut für Heimerziehung der Stadt Wien vier Seminare abgehalten. Das Ergebnis dieser Fortbildung soll die weitere Verbesserung der Qualität des pädagogischen Angebots sein.

Anmeldungen für die angebotenen Aktionen nimmt das für den Wohnsitz zuständige Bezirksjugendamt entgegen. Die Kostenbeiträge werden nach dem jeweiligen Familieneinkommen berechnet, wobei Ermäßigungen bis hin zu einem Freiplatz gewährt werden. (Schluß) jel/rr

## **Öffentlicher Verkehr behindert**

### **Stadtfest und Malfeiern**

Wien, 27.4. (RK-LOKAL) Wegen des „12. Wiener Stadtfestes“ muß der Betrieb der innerstädtischen Autobuslinien „1 A“, „2 A“ und „3 A“ am Samstag, dem 29. April, eingestellt werden.

### **Fackelzug am Ring**

Anlässlich eines Fackelzuges wird der Straßenbahnbetrieb über den Ring am Sonntag, dem 30. April, von 20 bis 22.30 Uhr teilweise eingestellt.

Folgende Maßnahmen der Wiener Verkehrsbetriebe werden dabei wirksam:

Die Linie „J“ verkehrt nur zwischen Ottakring und dem Lerchenfelder Gürtel/Uhlplatz.

Die Linie „D“ wird ab Wipplinger Straße/Ring über den Schottenring — Franz-Josefs-Kai zur Hinteren Zollamtsstraße und die gleiche Strecke zurück nach Nußdorf geführt. Weiters verkehrt die Linie „D“ zwischen Südbahnhof und Schwarzenbergplatz. Nach Freiwerden des Schwarzenbergplatzes wird die Linie „D“ ab Julius-Raab-Platz über den Ring — Schwarzenbergplatz und Südbahnhof und die gleiche Strecke retour geführt.

Die Linie „1“ und „2“ werden ab dem Schottentor über Schottenring — Franz-Josefs-Kai bis zur Hinteren Zollamtsstraße und über die gleiche Strecke zurück geführt.

Die Verkehrsbetriebe ersuchen ihre Fahrgäste, auf die U-Bahn-Linien auszuweichen.

Zur Information werden an den Haltestellen Hinweise angebracht, über die Lautsprecher wird die jeweilige Verkehrslage bekanntgegeben.

### **1. Mai**

Am Montag, dem 1. Mai, wird der Betrieb auf der Straßenbahn um 14 Uhr ab Ring und zum gleichen Zeitpunkt auf der Stadtbahn und U-Bahn aufgenommen.

Die Stationen der U-Bahn und Stadtbahn werden um 13.55 Uhr geöffnet. Der Verkehr auf allen Autobuslinien mit Ausnahme der innerstädtischen Linien wird so aufgenommen daß der erste Wagen jeder Linie von der der Stadt nähergelegenen Endstation um etwa 14 Uhr abfährt. (Schluß) roh/bs

## **Zusätzlich 170 Jungärzte für Pflegedienst**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich des Pflegedienstes der städtischen Spitäler und Pflegeheime sollen in nächster Zeit 170 zusätzliche Jungärzte zum Einsatz kommen. Dies ist das Ergebnis neuerlicher, im Auftrag von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, zwischen dem Anstaltenamt (MA 17) und zentralen Stellen geführter Verhandlungen. Seitens des Anstaltenamtes werden aufgrund der nunmehr genehmigten zusätzlichen Stellen alle für einen Turnusplatz in einem städtischen Spital vorgemerkten Jungärzte angeschrieben und auf die Möglichkeit, für die Dauer eines Jahres als „Arzt im Pflegedienst“ tätig sein zu können, aufmerksam gemacht. Zur Zeit sind in den städtischen Spitälern insgesamt 60 Jungärzte als Pfleger tätig. (Schluß) zi/bs

## **Patienten-Ausstellung im Floridsdorfer Krankenhaus**

### **Patienten präsentieren Grafiken und Malereien**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Bilder, die von Patienten während ihres Krankenhausaufenthaltes gezeichnet und gemalt wurden, präsentiert das Krankenhaus Floridsdorf in einer Ausstellung, die Mittwoch abend von Gesundheits- und Spitalstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gemeinsam mit Gemeinderätin Prof. Erika STUBENVOLL eröffnet wurde.

Die ausgestellten Bilder wurden von den Patienten im Rahmen des Projektes „Treffpunkt Aktiv“ — einer gemeinsamen Aktion der Volkshochschule Wien Nord, der Magistratsabteilung 13 und des Vereines „Freunde des Floridsdorfer Krankenhauses“ — hergestellt. Ohne großen Aufwand an Technik und ohne Anspruch auf Perfektion, stand dabei die Freude am kreativen Gestalten im Vordergrund. An Materialien wurden Bleistifte, Filzstifte, Pinsel sowie verschiedene Farbtechniken verwendet.

Das im Floridsdorfer Krankenhaus durchgeführte Projekt, mit dessen Hilfe die Kreativität der Patienten trotz Krankheit und Behinderung geweckt werden soll, stellt eine weitere Aktivität der bereits in den vergangenen Jahren im Rahmen der in städtischen Spitälern durchgeführten patientenbezogenen und humanitären Maßnahmen dar. So gibt es unter anderem für Patienten in den städtischen Spitälern eigene Hörfunk-Kassetten-Programme und diverse kulturelle Aktivitäten wie etwa Galerien, Konzerte, Lesungen usw.

Die unter dem Motto „Mir geht es schon besser“ stehende Ausstellung im Floridsdorfer Krankenhaus ist bis zum 28. Mai, jeweils während der Besuchszeiten, zu besichtigen. (Schluß) zi/bs

## **Disziplinarverfahren gegen Primarius Pesendorfer**

**Prüfteam des Magistrats legt ersten Bericht vor**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Das von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION am 11. April eingesetzte Arbeitsteam zur Untersuchung der Vorfälle an der 1. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz hat nunmehr einen ersten Bericht vorgelegt. Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK heute, Donnerstag, dazu erklärte, werde aufgrund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse ein Disziplinarverfahren gegen den mittlerweile vom Dienst suspendierten Leiter der Abteilung, Prof. Dr. Franz PESENDORFER, eingeleitet, da von den Prüfern Verletzungen der Dienstaufsichtspflichten festgestellt worden sind. Weitere Ermittlungen des magistratsinternen Prüfungsteams gegen leitendes Ärzte- und Pflegepersonal der Abteilung sind laut Bürgermeister ZILK im Laufen.

Gleichzeitig ersuchte der Bürgermeister um Verständnis, daß aus prinzipiellen rechtlichen Gründen — Wahrung der Vertraulichkeit und Präjudizierung des bevorstehenden Disziplinarverfahrens — weder der Untersuchungsbericht noch Teile davon veröffentlicht werden dürfen.

Der Bericht samt Unterlagen wird der vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen unabhängigen Expertenkommission, die heute nachmittag im Wiener Rathaus zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt, zur Verfügung gestellt. (Schluß) chr/rr

### **Vier neue Obersenatsräte**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Vier leitende technische Beamte des Magistrats wurden zu Obersenatsräten befördert. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Donnerstag die entsprechenden Dekrete an die drei vor kurzem bestellten neuen Gruppenleiter der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Dipl.-Ing. Herbert EHRlich (Baupolizei), Dipl.-Ing. Peter BORTENSCHLAGER (Umwelttechnik und technische Betriebe) und Dipl.-Ing. Gerhard MAGER (Tiefbau und Verkehr), sowie an den Leiter der Magistratsabteilung 35 (Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten) Dipl.-Ing. Friedrich LENZ. (Schluß) ger/rr

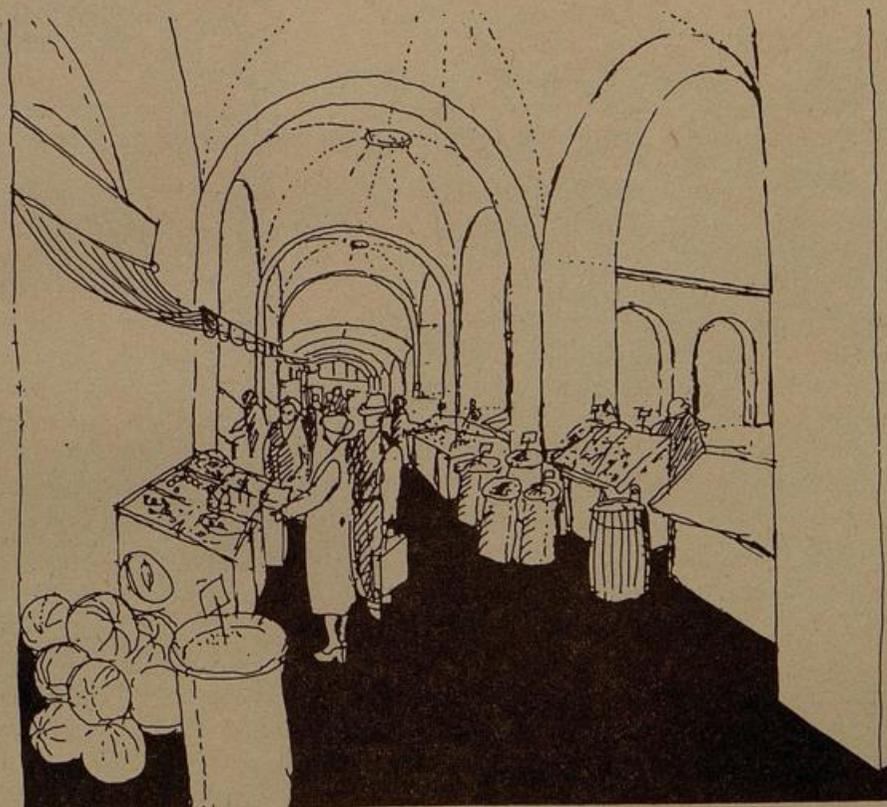
### **Ehrenzeichen des Landes Wien**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Donnerstag im Wiener Rathaus an zwei verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft Ehrenzeichen des Landes Wien. Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt der Bundesobmann der Sektion Gewerbe, Komm.-Rat Dipl.-Ing. Werner HUTSCHINSKI, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Komm.-Rat Josef LITSAUER. (Schluß) sei/rr

## **Ausgestaltung des Meiselmarktes als lokales Zentrum**

### **Revitalisierung des Wasserbehälters/Gestaltungswettbewerb**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Der Bereich des Meiselmarktes im 15. Bezirk bietet eine interessante städtebauliche Chance auf Bezirksebene mit möglichen Auswirkungen auch auf die angrenzenden westlichen Bezirke Wiens. Durch die Aufschließung mit der im Bau befindlichen U 3-Station Johnstraße kann das Gebiet zu einem lokalen Zentrum aufgewertet werden. Dabei soll auch der nunmehr freiwerdende alte Wasserbehälter in die Überlegungen miteinbezogen werden. Diese Randbedingungen lassen Spielraum für verschiedene Ansätze zu architektonischen und planerischen Lösungen. Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Kurt MENGER informierten darüber am Donnerstag in einer Pressekonferenz.



Ein Leitprogramm soll nun den funktionellen, zeitlichen und wirtschaftlichen Rahmen stecken.

Bis zum Jahr 1994, in dem die U 3 in Betrieb gehen wird, soll nach höchsten städteplanerischen und architektonischen Ansprüchen dieses lokale Zentrum unter Mitwirkung vor allem auch der Bevölkerung entstehen. Planungsstadtrat Swoboda will in einem transparenten Verfahren, alle Interessenten einladen, ihre Ideen einzubringen. In einer öffentlichen Veranstaltung am 23. Mai um 19 Uhr in der Bezirksvorstehung des 15. Bezirkes soll das Projekt öffentlich diskutiert werden.

Stadtrat Swoboda und Bezirksvorsteher Menger sind sich darin einig, daß das lokale Zentrum Meiselmarkt insbesondere eine preisgünstige Nahversorgung der Bevölkerung gewährleisten soll.

### **Ausgangssituation Wasserbehälter**

Durch die Inbetriebnahme des neuen Wasserbehälters auf der Schmelz wird der alte Wasserbehälter mit dem denkmalgeschützten Schiebergebäude an der Meiselstraße funktionslos und müßte abgerissen oder anders genutzt werden.

**Ausgangssituation U-Bahn-Bau**

Durch die notwendigen Bauarbeiten an der U 3, inklusive der Stationsgebäude im Bereich des Meiselmarktes und des Wasserbehälters kommt es zu umfangreichen Bauarbeiten im öffentlichen Raum. Dadurch ergibt sich gleichzeitig die Chance, den gesamten Bereich zwischen Kardinal-Rauscher-Platz und Johnstraße im Zuge der notwendigen baulichen Wiederherstellung der Oberflächen neu zu gestalten. Besonderer Schwerpunkt wird auf Verkehrsberuhigung und Begrünung gelegt. Es werden insgesamt 400 Bäume gepflanzt.

Durch die U-Bahn-Stationen entstehen völlig neue Verkehrsverknüpfungen und ein zusätzliches Personenaufkommen in diesem Raum. Der Bereich Wasserbehälter/Meiselmarkt wird bereits dadurch zu einem Bezirkszentrum und zu einem Kristallisationspunkt für städtebauliche Entwicklungen.

**Meiselmarkt**

Durch die Abnahme der Bezirksbevölkerung, mangelnde Parkmöglichkeiten, aber auch durch die Bauarbeiten im Zuge des U-Bahn-Baues ist mit einer Stagnation des derzeit bestehenden Marktes zu rechnen.

Der Markt ist langfristig zu sichern, vor allem im Hinblick auf die mögliche Konkurrenz durch große Einkaufszentren am Stadtrand.

**Projektidee**

Die in gutem baulichen Zustand befindlichen Gewölbe des alten Wasserbehälters sollen restauriert und zu den umgebenden Straßen geöffnet werden. In der so entstehenden offenen Halle soll — gruppiert um ein zentrales offenes „Atrium“ — der Markt untergebracht werden. Darüber befinden sich im Bereich Hütteldorfer Straße/Johnstraße Läden, Arztpraxen und Büros. Das macht den Markt selbst attraktiver, und stärkt die Bedeutung der Hütteldorfer Straße als Einkaufsstraße.

Auf dem nach Süden gerichteten Teil des Wasserbehälters soll eine öffentliche Parkanlage entstehen, die nahtlos in die große, begrünte Fußgängerzone übergeht, die vom Kardinal-Rauscher-Platz bis zur Johnstraße unter Einbeziehung einiger Seitengassen reichen soll.

Und schließlich sollen im Projektbereich im Sinne einer gemischten städtischen Struktur auch hochwertige Wohnungen entstehen. In den Leergeschoßen der U-Bahn und unter den Neubauten werden fast 1.000 Garagenplätze entstehen.

**Die Vorteile des Projektes**

- Sinnvolle Nutzung alter kulturhistorisch wertvoller Baustrukturen.
- Langfristige Sicherung des Marktes durch attraktive (weil witterungsgeschützte und verkehrsmäßig günstig gelegene) Unterbringung.
- Attraktivierung der innerstädtischen Einkaufsmöglichkeiten als Gegengewicht zu den Entwicklungen außerhalb der Stadtgrenzen.
- Schaffung hochwertiger zentral gelegener Wohnungen.
- Schaffung eines innerstädtischen Grünraumes in Verbindung mit verkehrsberuhigten Zonen in einem bisher noch nie dagewesenen Ausmaß.

Forts. von Blatt 891

Forts. auf Blatt 893

- Wirtschaftliche Optimierung des Projektes durch Verbindung mit den U-Bahn-Bauarbeiten.

#### **Verfahren**

Als erste wurden die im Projekt involvierten Marktparteien informiert, deren Reaktion mehrheitlich positiv war. In Detailgesprächen sollen offene Probleme geklärt werden.

Nach Bekanntwerden der Projektidee gab es bereits zahlreiche Anfragen für Läden bzw. Marktstände in diesem Projekt, allerdings soll den derzeitigen Standinhabern ein Vorrecht eingeräumt werden.

Derzeit ist ein geladener Architektenwettbewerb im Einvernehmen mit der Ingenieur- und Architektenkammer im Gange (Teilnehmer: Architekten Brunbauer, Falkner, Guttmann, Wimmer). Dabei soll der städtebauliche Rahmen für das zukünftige Projekt erarbeitet werden.

Die Jury unter dem Vorsitz von Prof. Puchhammer wird im Juni zusammentreten um die Ergebnisse zu sichten. Das gesamte Projekt soll wie bisher unter ständiger Information der Öffentlichkeit abgewickelt werden.

#### **Termine**

- Dezember 1988: Baubeginn U 3 im gegenständlichen Abschnitt
  - Mai 1989: Baubeginn neuer Wasserbehälter Schmelz
  - Oktober 1991: Inbetriebnahme neuer Wasserbehälter Schmelz
  - Oktober 1994: Inbetriebnahme der U 3 im gegenständlichen Abschnitt
- (Forts. mgl.) lf/bs/rr

Forts. von Blatt 892

## **PVC-Enquete der Stadt Wien im Alten Rathaus**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Viele kontroversielle Ansichten über den Kunststoff PVC kamen am Donnerstag im Rahmen der PVC-Enquete der Stadt Wien zur Sprache, die von der Wiener Stadtbaudirektion veranstaltet wurde.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA erklärte, daß der Bericht der vor kurzem eingesetzten PVC-Kommission die Grundlage für einen Beschluß des Gemeinderates bilden soll, der eventuell auch Forderungen an den Bund hinsichtlich des Stoffes PVC beinhalten könnte.

Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL verwies darauf, daß die Argumente in der PVC-Problematik einer ständigen Entwicklung unterworfen seien. Deshalb sei sowohl die sachliche, wissenschaftlich fundierte Darstellung als auch die anschließende Diskussion bei der Enquete notwendig. Auch er bekräftigte, daß die Ergebnisse von PVC-Enquete und PVC-Kommission die Basis für einen Gemeinderatsbeschluß würden, durch den eine Änderung in der Praxis mit PVC erzielt werden müßte.

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Ernst WOGROLLY, der generell über Kunststoffsprach, bezeichnete PVC als Recycling-Produkt.

Dipl. Chemiker Hans-Werner MACKWITZ hingegen sprach sich vehement für eine Förderung der sanften Chemie aus und erklärte PVC zu einem Kunststoff ohne Zukunft.

A.o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Otto HINTERHOFER vom Österreichischen Kunststoffinstitut behandelte in seinem Referat die chemische Produktion von PVC.

Dr. Volker HOFMANN von der HÜLS-Troisdorf AG, referierte anhand von drei Studien über die Unbedenklichkeit von PVC für den Benutzer.

Branddirektor Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER, der über das Verhalten von PVC im Brandfall aus der Praxis berichtete, sprach sich aus der Sicht der Feuerwehr für einen weitgehenden Ersatz von PVC durch andere, weniger bedenkliche Stoffe aus.

Mit dem Verhalten von PVC bei der thermischen Behandlung beschäftigte sich Dipl.-Ing. Josef STUBENVOLL vom der Simmering-Graz-Pauker-AG. Seine Kernaussage war, daß geringe Mengen an PVC bei der Verbrennung von Müll keine wesentliche Rolle spielen, aber eine Gesamtentsorgung von PVC-Produkten ohne eine grundlegende Betriebsänderung der herkömmlichen Müllverbrennungsanlagen nicht möglich sei.

Univ.-Prof. Dr. Gerhard VOGEL referierte über den Anteil von PVC an der Verpackung.

Mit der Vermeidung von PVC-Produkten beschäftigte sich Dr. Monika LANGTHALER vom Österreichischen Ökologieinstitut.

SR Mag. Johann SCHORSCH von der MA 22 — Umweltschutz — erklärte die Möglichkeiten eines gesetzlichen Verbots von PVC.

Die Frage „Ist ein Verzicht auf PVC möglich?“ behandelte Dr. Uwe LAHL, der Dezernent für Umweltangelegenheiten der Stadt Bielefeld, der sich dort auch mit dem Einkauf beschäftigt.

Der Leiter der städtischen Müllabfuhr, SR. Univ. Lektor Dipl.-Ing. Gerhard GILNREINER referierte aus praktischer Sicht über die Sammel- und Verwertungsmöglichkeiten von PVC.

SR Dr. Werner GSCHWINDL von der MA 54 — Zentraler Einkauf sprach in seinem Referat über die Einkaufspolitik der Stadt Wien zur Substitution von PVC.

Im Anschluß an die Referate fand eine Diskussion statt. (Forts.mgl.) du/rr